



**8TH EUROPEAN CONFERENCE ON
SUSTAINABLE CITIES & TOWNS**

BASQUE COUNTRY | BILBAO | 27 - 29 APRIL 2016

www.sustainablecities.eu

THE BASQUE DECLARATION

Neue Wege für Europäische Städte und Gemeinden

für die Gestaltung produktiver, nachhaltiger und resilienter Städte
für ein lebenswertes und integratives Europa

Präambel

Wie alles begann

Vor über 20 Jahren fand die erste Konferenz Nachhaltiger Städte und Gemeinden in Europa (*European Sustainable Cities & Towns Conference*) statt. Bürgermeister*innen europäischer Städte verabschiedeten dort die bahnbrechende **Aalborg Charta** und stießen die Europäische Kampagne Nachhaltiger Städte und Gemeinden an. Inspiriert von der auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten *Agenda 21*, den Ergebnissen der EU-Expertengruppe zur städtischen Umwelt sowie mit Unterstützung wichtiger Städtenetzwerke entwickelte sich die Kampagne zur ersten übergreifenden kommunalen Bewegung. Sie basierte auf klaren Selbstverpflichtungen und wurde von der Europäischen Kommission unterstützt. Unzählige lokale Agenda 21-Prozesse mit Leitbildern und Projekten für eine nachhaltige Stadtentwicklung wurden in ganz Europa auf den Weg gebracht, zum Teil strukturell und finanziell unterstützt von regionalen und nationalen Programmen. In dieser ersten Dekade lag der Fokus stark auf partizipativer Planung und Umweltbelangen.

Zehn Jahre später wurden 2004 unter dem Einfluss des Rio+10 Summits der Vereinten Nationen in Johannesburg die **Aalborg Commitments** verabschiedet. In ihnen spiegelte sich das Bedürfnis nach einem klaren Referenzrahmen mit entsprechenden Zielsetzungen sowie nach der Messbarkeit von Prozessen wider. Viele Städte begannen ihre eigenen Zielkataloge zu entwickeln und diskutierten über Indikatoren und Management-Systeme für Umsetzung und Monitoring. In dieser zweiten Dekade verschob sich die Diskussion in Richtung Umsetzung, Ressourceneffizienz sowie Verknüpfungen zwischen natürlichem Ressourceneinsatz und Lebensqualität.

Konvent der Bürgermeister und die Urbane Agenda der EU

Mit Gründung des Konvents der Bürgermeister*innen (**EU Covenant of Mayors**) wurde 2008 ein neues Steuerungsmodell in Europa geschaffen, das die lokale und die EU-Ebene politisch direkt miteinander verbindet. Heute bringt die Initiative zahlreiche Entscheidungsträger*innen von Kommunal- und

Kreisverwaltungen zusammen, die sich freiwillig dazu verpflichten, die Klima- und Energieziele der EU an ihren jeweiligen Orten umzusetzen. Ob sich dieses Modell auch auf andere Themen übertragen lässt, muss sich erst zeigen.

Schließlich war 2016 der Startpunkt für die Urbane Agenda der EU (**EU Urban Agenda**). Ihr Ziel ist es, für Städte relevante EU-Politiken besser abzustimmen und neue Kooperationsformen zwischen Kommunen, der EU sowie der Europäischen Kommission zu etablieren. Dieser neue Politikrahmen wird durch den im Mai 2016 verabschiedeten *Pakt von Amsterdam* unterstützt.

Das neue UN Rahmenwerk

Im September 2015 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die 17 Globalen Ziele, die **Sustainable Development Goals (SDGs)**, deren Ziel 11 sich explizit auf nachhaltige Städte bezieht. Die SDGs führen Logik und Geist der Millennium Entwicklungsziele (*Millennium Development Goals, MDGs, 2002*) weiter fort und münden in der universellen Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung. Sie nimmt alle UN-Mitgliedsstaaten in die Verantwortung und betrachtet Themen internationaler Entwicklung und nachhaltigen Lebens auf der Erde aus einer umfassenden und übergreifenden Perspektive. Die SDGs greifen neue Themen auf und sehen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft nicht als separate konkurrierende Säulen, sondern als ein zusammenhängendes System - beispielsweise in den Bereichen Nachhaltiger Konsum und Produktion.

Im Dezember 2015 fand in Paris die *Conference of the Parties* der UN Rahmenkonvention zum Klimawandel (COP 21) statt. Hier wurde das Globale Klimaabkommen zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwischen 1,5° und 2°C verabschiedet. Gemeinsam mit anderen Referenzwerken bildet das **Pariser Klimaabkommen** den aktuellen internationalen Rahmen für Klimamaßnahmen auf allen politischen Ebenen.

Auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen im September 2014 begründete der UN-Generalsekretär gemeinsam mit dem UN-Sonderbeauftragten für Städte und Klimawandel den **Global Compact of Mayors**. Mit Unterstützung großer globaler Städtenetzwerke stellt der Compact eine zentrale Plattform des kommunalen Klimaschutzes dar.

Teilnehmende Kommunen verpflichten sich, ihre Treibhausgasemissionen zu verringern, die Anpassung an den Klimawandel zu verbessern und ihre Erfolge zu messen und zu veröffentlichen. Seit Gründung des Compact of Mayors sind ihm weltweit bereits Hunderte von Städten beigetreten.

Deutlicher denn je teilen diese Vereinbarungen den Gedanken der globalen Grenzen. Sie gilt es zu respektieren, um die Lebensqualität aller Menschen in den Städten und Ländern, auf den Kontinenten und unserem Planeten zu schützen. Noch wichtiger ist es jedoch für uns zu erkennen, dass die notwendigen gesetzten Ziele nur erreicht werden, wenn mit ihnen eine umfassende gesellschaftliche Transformation auf sozialer, kultureller, ökonomischer und technologischer Ebene einhergeht, der die urbanen Gesellschaften grundlegend verändern wird.

Städte und Gemeinden in Europa

Bürgermeister*innen, städtische Entscheidungsträger*innen sowie die Zivilgesellschaft sind aufgerufen, die Transformation zu gestalten - gerade in einem Moment, da sich Europa noch nicht von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt hat und unsere Länder vor der Herausforderung von Arbeitslosigkeit und der sich zunehmend öffnenden Schere zwischen Arm und Reich stehen. Unsere Gesellschaften sind außerdem mit regionalen Konflikten in Nachbarregionen konfrontiert, deren Ursachen auch in der ökonomischen und sozialen Spaltung liegen, sowie mit einer dadurch bedingten zunehmenden Migration Richtung Europa.

Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, müssen wir in neuen, unkonventionellen Bahnen denken. Wir müssen innovative Wege finden, unsere Zivilgesellschaft besonders auf lokaler Ebene in ökonomische und gesellschaftliche Themen einzubinden. Wir werden nachhaltige Lösungen finden müssen, um die wirtschaftliche Wertschöpfung unserer Städte und Regionen zum Wohl der Bevölkerung vor Ort zu steigern. Wir benötigen Inspiration, Bewusstsein und Bildung, neue Ideen, technologische und soziale Innovation und unser aktives Engagement als verantwortungsvolle Politiker, Unternehmer und Bürger, um gemeinsam für unsere Zukunft zu sorgen.

Wir müssen neue Wege in die Zukunft beschreiten!

Wir, die Bürgermeister*innen und Vertreter*innen Europäischer Städte und Gemeinden

- in Verantwortung für das Wohlergehen unserer jetzigen und zukünftigen Bürger*innen und für die globalen Auswirkungen unserer lokalen Entwicklung, Lebensweisen und Ressourcennutzung -

Anerkennen die Notwendigkeit einer technologischen, sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Transformation unserer Gesellschaften, um unseren Bürger*innen ein gutes Leben zu garantieren, unter gleichzeitiger Achtung der Grenzen unserer lokalen und globalen Ökosysteme und der natürlichen Ressourcen.

10 Ziele

Wir sehen die Notwendigkeit einer Transformation, um:

1. unsere Energiesysteme zu dekarbonisieren und den Gesamtenergieverbrauch zu senken,
2. nachhaltige urbane Mobilität und Zugang zu dieser für alle zu gewährleisten,
3. Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen zu erhalten und zu verbessern,
4. Flächenverbrauch zu reduzieren,
5. Wasserressourcen sowie Wasser- und Luftqualität zu sichern,
6. Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen und Risiken zu minimieren,
7. öffentliche Räume einladend, sicher und lebendig für alle zu gestalten,
8. ausreichend und angemessenen Wohnraum für alle zur Verfügung zu stellen,
9. die soziale Inklusion und Integration aller Mitglieder der Gesellschaft zu garantieren,
10. unsere lokale Wirtschaft und Beschäftigungschancen vor Ort zu stärken.

Wir unterstützen und beschleunigen ...

... die sozio-kulturelle Transformation:

Wir entwickeln eine „Nachhaltigkeitskultur“, die darauf gründet, allen Bürger*innen gleichen Zugang zu kommunalen Dienstleistungen zu gewährleisten, ungeachtet ihres Alters oder Geschlechts, ihrer Religion oder ethnischen Identität. Wir werden dies besonders in unserer Haushaltsplanung sowie den Bildungssystemen berücksichtigen.

Wir beziehen unsere Bürger*innen **aktiv ein** und gehen dabei über eine partizipative Planung hinaus, hin zu einer partizipativen Umsetzung und Durchführung. Dabei nutzen wir neue Ansätze wie Co-Produktion, Co-Design und Co-Innovation.

Wir überdenken die Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Aufgaben und fördern privates und zivilgesellschaftliches Engagement.

Wir fördern soziale Innovationen und Unternehmen sowie Bürgerengagement, die Bildung, Weiterbildung und soziale Inklusion von Randgruppen und Immigrant*innen unterstützen.

Wir pflegen neue wirtschaftliche Ansätze wie Sharing Economy, Collaborative Economy oder Civic Economy, die Unternehmertum, bürgerliches Engagement und gesellschaftliche Transformation verbinden.

... die sozio-ökonomische Transformation:

Wir wandeln die vor uns liegenden Herausforderungen zu Chancen für unsere lokale Wirtschaft, und zwar in Schlüsselbereichen wie dezentralisierte erneuerbare Energien, regionale Nahrungsmittelproduktion, innovative Verkehrskonzepte, neue Ansätze im Bereich der sozialen Dienstleistungen und vieles mehr.

Wir bilden und schließen regionale Wertschöpfungsketten und unterstützen innovative Unternehmenskooperationen. So halten wir Wertschöpfung innerhalb der Region und Kommune, schaffen Arbeitsplätze, ermöglichen Investitionsvorhaben vor Ort und erhöhen die öffentlichen Einnahmen.

Wir wenden innovative Finanzierungsmodelle an, wie zum Beispiel Crowdfunding, genossenschaftliche sowie öffentlich-private Mischfinanzierungen oder Regionalwährungen.

Wir beschaffen umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen und berücksichtigen soziale und ökonomische Aspekte bei Einkaufs- und Vergabeentscheidungen.

Wir entwickeln eine Kreislaufwirtschaft, um den Bedarf an natürlichen Ressourcen und die Abfallproduktion zu reduzieren.

... die technologische Transformation:

Wir wählen neue und smarte Technologien wohlüberlegt danach aus, ob sie die notwendigen sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Transformationen unterstützen und den Interessen der Bürger und dem Gemeinwohl dienen.

Wir nutzen die öffentliche Beschaffung als Instrument zur Markteinführung innovativer und nachhaltiger Technologien. Wir sorgen dafür, dass ihre Anwendung nachfrageorientiert gestaltet wird und dezentrale, ortsangepasste Lösungen zulässt.

Wir nehmen uns der digitalen Kluft in unserer Gesellschaft an und bieten eine angemessene Infrastruktur und Unterstützung an, um allen den gleichen Zugang zu Informationen und digitalen Angeboten zu gewährleisten.

Wir unterstützen offene Daten-Standards. Dabei tragen wir Sorge dafür, dass öffentliche Daten nicht durch private Akteure kontrolliert werden, sondern der Kommunalverwaltung zur Verfügung stehen, um politische Prozesse und Dienstleistungen für die Bürger*innen zu verbessern.

Wir bereiten unsere örtliche Gesellschaft sowie unsere Management- und Governanceprozesse auf die sozio-kulturellen Veränderungen vor, die durch die Einführung innovativer und smarter Technologien ausgelöst werden. Nur so können sie ihren gesellschaftlichen Nutzen optimal entfalten.

Als aktive Partner dieser Transformation ...

... appellieren wir an die Bundes- und Landesregierungen sowie an die Europäische Union:

... die horizontale (ressortübergreifende) und vertikale (zwischen den Regierungsebenen) Integration im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik wesentlich zu erhöhen.

... durch regulative Rahmensetzungen, Anreize und Besteuerung Marktkonditionen zu schaffen, die die notwendigen Transformationen unterstützen und ein partnerschaftliches Miteinander zwischen öffentlichen und privaten Akteuren ermöglichen. Gegenläufige Rahmensetzungen, Anreize und Besteuerungen müssen aufgehoben werden.

... lokal getragene Initiativen und dezentrale Ansätze durch solche Marktbedingungen und Rahmensetzungen zu fördern, die es erlauben, lokale Wertschöpfungsketten zu schließen und die Wertschöpfung vor Ort zu halten.

... die Finanzierungs- und Förderprogramme für Stadtentwicklung und Infrastruktur auf die erklärten politischen Ziele abzustimmen.

... öffentliche Finanzinstitutionen und Banken anzuweisen, vermehrt kleinteilige Investitionen unterhalb ihrer gegenwärtigen Schwellenwerte zu ermöglichen sowie Sicherungssysteme und -fonds für zivilgesellschaftlich getragene Investitionen vor Ort anzubieten.

... erklären wir unsere Bereitschaft:

... die Bundes- und Landesregierungen sowie die Europäische Union bei der Umsetzung der UN SDGs, des Pariser Klimaabkommens sowie bei der Ausrichtung der Urbanen Agenda der EU auf deren Ziele zu unterstützen.

... vor Ort transformative Projekte entlang der oben beschriebenen 15 neuen Wege zu initiieren und durchzuführen.

... unsere transformativen Projekte zu evaluieren, zu dokumentieren und auf der *European Sustainable Cities Plattform* zu veröffentlichen, damit andere Städte inspiriert und zur Nachahmung angeregt werden.

www.sustainablecities.eu

MIT UNTERSTÜTZUNG VON



EUSKADI
BASQUE COUNTRY



Arabako Foru Aldundia
Diputación Foral de Álava



Gipuzkoako Foru Aldundia
Diputación Foral de Gipuzkoa



Donostiako Udala
Ayuntamiento de San Sebastián



Wir möchten Sie gerne einladen, die Basque Declaration offiziell zu unterstützen.
Für weitere Informationen: info@sustainablecities.eu

www.sustainablecities.eu



#BasqueDeclaration

Folgen Sie uns auf Twitter: **@sustain_cities**